



regiolinks be

Mitgliederzeitung für Stadt und Region Bern, 109 Mai 2010

Die SP und die «Hauptstadtregion Schweiz»

Die «Hauptstadtregion Schweiz» ist ein wichtiges Vorhaben, weil wir damit den Grossraum Bern als gleichwertigen Partner der Metropolitanregionen etablieren können. Das Projekt ist aber auch ein Bekenntnis zum modernen Dienstleistungsstaat und hat daher viel mit den Werten der SP zu tun. Alexander Tschäppät

Der Grossraum Bern ist die Herzkammer der Schweizer Politik. Hier konzentriert sich, was entscheidend ist, um das Land zu gestalten: Regierung, Parlament und Verwaltung, der Service public, viele öffentlich-rechtliche Anstalten sowie Institutionen wie die Nationalbank oder die Förderagentur für Innovation. Dieser «Politik-Cluster» ist unser Kapital und Potenzial. Dass diese Bot-schaft inzwischen verstanden worden ist, hat die Vernehm-lassung zum Projekt gezeigt.

Der «Politik-Cluster» erscheint in keiner ökonomischen Studie, ist aber zentral für die Entwicklung einer Gesellschaft. Es braucht eine Instanz, die mit demokratischem Gestaltungswillen die Marktkräfte reguliert, und einen Ort, wo Gesetzes- und Zukunftsarbeit geleistet wird. Es gibt keine Prosperität

ohne den durch demokratische Politik legitimierten Staat. Dafür steht das politische Bern.

Wohlfahrtsstaat ist eine Errungenschaft

Damit wird auch deutlich, weshalb das Projekt «Hauptstadtregion Schweiz» nebst seiner grossen regionalpolitischen Bedeutung auch viel zu tun hat mit sozialdemokratischen Werten: Es ist

«Der Grossraum Bern ist die Herzkammer der Schweizer Politik.»

ein Votum zugunsten des demokratischen, sozialen Rechts- und Dienstleistungsstaates und eine Bekräftigung unserer Überzeugung, dass der moderne Wohlfahrtsstaat eine unverzichtbare historische Errungenschaft ist.

Mit unserem Projekt bringen

wir zum Ausdruck, dass wir einen Staat wollen, der den Ausgleich schafft zwischen Arbeit und Kapital, der die Umverteilung von oben nach unten als Pflicht begreift und der als Schutzverband der Mehrheit gegen die Willkür der Mächtigen auftritt. Für uns steht der moderne Staat in der Verantwortung, allen Menschen Chancen zu eröffnen.

Wie nötig ein solcher Staat ist, hat uns die Finanzkrise vor Augen geführt. Die globalisierten Gesellschaften sind höchst störungsanfällig und mehr denn je angewiesen auf staatliche Strukturen, die als Gerüst das Ganze zusammenhalten. Ohne die Interventionen vieler Staaten würde heute globale Destabilisierung herrschen. Das zeigt uns: Die «Weniger-Staat-Ideologie» gehört definitiv auf den Müllhaufen der Geschichte.

Für mehr Wirtschaftsdemokratie

Umso mehr gilt es, das voranzutreiben, was im Entwurf des SP-Parteiprogramms vorgeschlagen wird: die Demokratisierung der Wirtschaft. Das Projekt «Hauptstadtregion Schweiz» leistet einen Beitrag dazu, indem wir damit eine Rückbesinnung auf das Primat der Politik fordern. Der Staat soll in der Wirtschaftspolitik nicht nur Rahmenbedingungen setzen, sondern dank seiner demokratischen Legitimation und dem demokratisch gelenkten Service public aktiv mitgestalten und dafür besorgt sein, dass die Wirtschaft den Menschen dient – und nicht umgekehrt. Insofern steht die «Hauptstadtregion Schweiz» auch für die Hoffnung auf einen Paradigma-Wechsel.

Mit einer Stimme

Sektion, SP Stadt, SP Region, SP Kanton und SP Schweiz. SP-Mitglieder setzen sich mit politischen Inhalten auf allen Ebenen auseinander. Das unterscheidet uns von den reinen Dorfparteien, den Vereinigungen für



Ortspolitik. Diese lokalen Organisationen denken nur bis zur Gemeindegrenze. Wir nicht. Dafür erhalten wir Post von

der Sektion, von der SP Stadt, Region, Kanton und auch von der SP Schweiz. Und Spendenmailings erhalten wir auch. Von allen und immer wieder. Und manchmal auch zu viel. Mit der Integration von «regiolinks.be» ins «links» bauen wir einen kleinen Teil dieser Informationsflut ab. Die Region will aber weiterhin gehört werden. Wir wollen unseren Mitgliedern zeigen, dass es die Region braucht. Wir haben erfolgreiche Regierungstatthalter- und Grossratswahlen durchgeführt. Die SP Stadt und Region Bern macht mit. Denkt mit und vertritt unsere Interessen. Unser Regionalverband stellt 15 Grossrätinnen und -räte und damit fast die Hälfte der Fraktion. Sie stellt mit Christoph Lerch den Regierungstatthalter und unsere Regierungsrätin Barbara Egger hat bei den Wahlen sehr erfolgreich abgeschnitten. Die SP Region Bern ist stark. Und wie der Berner Stapi im Hauptartikel zeigt, soll ihre Bedeutung als «Hauptstadtregion Schweiz» gegenüber den Metropolitanregionen weiter gestärkt werden. Ich wünsche allen Mitgliedern der SP Stadt und Region Bern viel Interesse, Neugier, Befriedigung und ab und zu etwas Irritation bei der Lektüre von «regiolinks be».



© Ex-Press



Alexander Tschäppät
Stadtpräsident Bern

Matthias Burkhalter
Präsident SP Region Bern



©Christa Luginbühl

Giovanna Battagliero war dreieinhalb Jahre lang Präsidentin der SP/JUSO-Fraktion im Berner Stadtrat.

«Agglomerationspolitik» – über Partei- und Gemeindegrenzen hinweg

Als Fraktionschefin im Stadtrat hat sie sich einen Namen gemacht, wurde von der Gegenseite gar als Hardlinerin betitelt, die glücklicherweise auch zuhören könne. Giovanna Battagliero gibt nach dreieinhalb Jahren das Amt an Annette Lehmann weiter.

2005 tritt Giovanna in den Berner Stadtrat ein, nimmt mit dem ersten Vorstoss ein Anliegen aus ihrem Quartier auf und bemängelt das Trinkwasser. Die Qualität des Wassers hat sich seither verbessert, doch wie steht es um die Qualität im Stadtrat?

Die Arbeitsqualität der SP-Fraktion ist seit 2005 konstant gut geblieben. Insgesamt im Stadtrat habe ich aber eine Verschlechterung festgestellt, es wurde zunehmend polemischer. Die FDP versteht sich nicht mehr als staatstragende Partei, sondern agiert zusammen mit der SVP als Oppositionspartei. Seit der neuen Legislatur hat sich das Klima wieder etwas ver-

bessert, vor allem mit der bürgerlichen BDP, die einen merklich anderen Stil pflegt.

Mit dem «BMW-Mercedesfall» im Jahr 2007 greift Giovanna ein heisses Eisen auf: Missbrauch in der Sozialhilfe. Wie gelingt es, bei so brisanten Themen der Rolle als Fraktionspräsidentin gerecht zu werden und auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat aufrechtzuerhalten?

Es ist wichtig, dass man miteinander redet und die Faktenlage gemeinsam klärt. Aber es ist tatsächlich nicht einfach. Als Fraktionspräsidentin ist es nötig, situationsgerecht und schnell zu handeln, politisch zu denken und für die Sache das Möglichste herauszuholen. Im Gegensatz zum Gemeinderat machen wir diesen Job im Nebenamt, eine zusätzliche Herausforderung.

2008, schon fast prophetisch, thematisiert Giovanna in einem Vorstoss die Budgetüberschreitung des Bärenparkbaus. War das Ausmass des Defizits absehbar?

Wir gingen von der damaligen Situation aus und fanden das sich anbahnende Defizit viel zu hoch. Dass es noch drastischer kommen würde, habe ich nicht erwartet. Wichtig ist, dass nun Konsequenzen gezogen und die Stadtbauten wieder in die Stadtverwaltung

zurückgeführt werden. Der Stadtrat wird noch eine Weile mit dem Bärenpark beschäftigt sein – mit der Administrativuntersuchung und dem Bau des von der SP geforderten Lifts für gehbehinderte Menschen.

Was hat als Fraktionspräsidentin gefallen – und welche politischen Pläne stehen jetzt an?

Als Fraktionschefin geht es darum, dass man in einzelnen Geschäften erreichen kann, und dass die Zusammenarbeit in der Fraktion und mit dem Gemeinderat stimmt. Auch die Verhandlungen mit den anderen Fraktionspräsidenten sind entscheidend. Generell übers eigene

«Übers eigene Gärtchen hinaus denken und über Partei- und Gemeindegrenzen hinweg arbeiten ist wichtig.»

Gärtchen hinaus denken und über Partei- und Gemeindegrenzen hinweg arbeiten ist ein wichtiges Prinzip für mich – also Agglomerationspolitik im übertragenen und im eigentlichen Sinn. Langweilig wird mir nicht, wenn ich Ende April 2010 das Fraktionspräsidium abgebe. Im Stadtrat bleibe ich weiterhin aktiv, gerne würde ich im Grossen Rat mitarbeiten. Die Ausgangsfrage auf dem ersten Ersatzplatz ist sicher schon mal gut.

Das Gespräch führte Christa Luginbühl



Die Nachfolge von Giovanna Battagliero übernimmt Annette Lehmann. Lehmann ist seit 2008 Vizepräsidentin der SP/JUSO-Fraktion. Die 36-Jährige arbeitet als administrative Leiterin von Suissimage. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder im Schulalter und wohnt im Nordquartier.

Nein zur Initiative «keine gewalttätigen Demonstranten»

Am 13. Juni entscheidet die Stimmbevölkerung der Stadt Bern über die Initiative «keine gewalttätigen Demonstranten». Der Stadtrat hat sich insgesamt drei Mal klar gegen das bürgerliche Ansinnen ausgesprochen. Corinne Mathieu

Die Initiative verlangt eine Ergänzung des Kundgebungsreglements. Aufgenommen werden soll folgender Artikel: «Teilnehmende haben sich unverzüglich von einer Kundgebung zu entfernen, wenn sie von der Polizei darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Kundgebung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgelöst werden muss.» Die Initianten vertreten die Ansicht, die Krawalle vom 6. Oktober 2007 in Bern hätten gezeigt, dass die Polizei eine Demonstration, die in Gewalt auszuarten drohe, frühzeitig auflösen müsse, bevor grosse Schäden an Personen und Sachen entstehen.

Die Argumente gegen die Initiative können mit den Stichwörtern unverhältnismässig, unnötig und nicht praxistauglich zusammengefasst werden.

Die Initiative ist unverhältnismässig. Sie stellt alle Demonstrierenden unter Generalverdacht: Mit einer Massnahme, die sich gegen gewalttätige Demonstrierende richtet, werden alle anderen, friedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihrer Versammlungsfreiheit beschnitten. Der Entfernungsartikel ist eine unverhältnismässige Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

PAROLEN 13. JUNI

Empfehlungen der Geschäftsleitung SP Stadt Bern

- Initiative «keine gewalttätigen Demonstranten» **NEIN**
- ZPP Mingerstrasse **JA**
- Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an die Regionalkonferenz **JA**

Die Initiative ist unnötig. Bereits heute kann die Polizei nach Artikel 29 des kantonalen Polizeigesetzes unfriedliche Kundgebungen, die die Sicherheit und Ordnung gefährden, auflösen und Demonstrierende wegweisen. Mit Artikel 292 des Strafgesetzbuches besteht die Möglichkeit, jemanden zu strafen, wenn er einer amtlichen Aufforderung zuwiderhandelt. Die Polizei verfügt demnach über genügend Mittel, eine Demonstration aufzulösen, und auch an der Strafbarkeit von Randalierern würde ein Entfernungsartikel nichts ändern.

Die Initiative ist nicht praxistauglich. Wie sollen Teilnehmende einer Demonstration, die aufgelöst werden soll, von den Unbeteiligten unterschieden werden? Die Polizei muss nachweisen können, dass die Teilnehmenden einer Kundgebung die Aufforderung zum Verlassen der Kundgebung verstanden haben. Ausserdem

kann es im Einzelfall für die Polizei schwierig sein, den exakten Zeitpunkt festzulegen, ab welchem eine Kundgebung als aufgelöst gilt. Erst ab diesem Zeitpunkt können Personen, die sich von der Kundgebung nicht entfernt haben, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

«Die Initiative ist unverhältnismässig, unnötig und nicht praxistauglich.»

Ein Entfernungsartikel, wie ihn die Bürgerlichen wollen, wäre nichts anderes als ein Papiertiger. Es genügt völlig, wenn die Polizei die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten konsequent anwendet.



Corinne Mathieu
Stadträtin



Die Polizei verfügt bereits heute über die nötigen Mittel, eine Demonstration aufzulösen.

NACHHALTIGE SIEDLUNG OBERFELD OSTERMUNDIGEN

Endlich auf der Zielgeraden

Eine Vision wird realisiert. Seit Anfang Jahr ist der Landkauf gesichert und die Projektplanung ist gut unterwegs.

Ökologische Siedlungskonzepte sind eine Ausnahme. Die Siedlung der Wohnbaugenossenschaft (WBG) Oberfeld in Ostermundigen mit 80 Wohnungen im Minergie-P-Standard wird darum ein Meilenstein für das nachhaltige Wohnen.

Nachhaltige Mobilität

Die Siedlung wird optimale Infrastrukturen für die kombinierte Mobilität bieten. So können die Mobilitätsbedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner befriedigt werden, ohne dass sie ein eigenes Auto besitzen müssen. Dies entlastet die Umwelt und reduziert die Kosten. Gut ausgebauter ÖV in Gehdistanz, gute Veloinfrastruktur und Mobility-Standplätze sind

deshalb Pflicht. Denn für die WBG Oberfeld spielten die Nachhaltigkeit, die Materialwahl und die Umgebungsgestaltung genauso eine Rolle, wie das soziale Leben innerhalb der Siedlung.

«Alle diese Aspekte unter einen Hut zu bringen, ist eine Quadratur des Zirkels», meint Christian Zeyer, Präsident der WBG und SP-Parlamentarier in Ostermundigen. «Aber wir sind überzeugt, es gelingt.» Die ersten Wohnungen sind im Ende 2012 bezugsbereit.

Nicolas Dussex Sekretär der WBG Oberfeld

Informationen: www.wohnen-im-oberfeld.ch

Möchtest Du die Realisierung unterstützen?
Tritt der Genossenschaft bei oder unterstütze sie mit einem Darlehen, verzinst zu 3 Prozent.



Die Siedlung Oberfeld kombiniert die Vorteile des urbanen Lebens mit einer ländlichen Umgebung.

ROTE OHREN

Rotes Schaf der Familie

Manchmal fällt der Apfel ziemlich weit vom Stamm: Der neu gewählte Grossrat Michael Aebersold stammt aus klassisch bürgerlichem



Haus. Seine Eltern und beide Brüder wählen traditionell bürgerlich: Der eine Bruder ist Wirtschaftsanwalt, der andere war früher für die SVP Gemeindepräsident von Alchenflüh, heute ist er FDP-Mitglied. Aus Familiensolidarität haben die lieben Verwandten das rote Schaf der Familie bei den Wahlen trotzdem unterstützt und mussten so immer wieder wertvolle Panaschierstimmen an die linke Seite vergeben. Wegen Amtszeitbeschränkung im Stadtrat wäre Michael bald aus dem Polit-Geschäft ausgestiegen, wäre er nicht neu in den Grossen Rat gewählt worden. So sind sie nun weiterhin gezwungen, Michael zu wählen.

Frühlingsgefühle

Die warmen Frühlingstage im April haben verschiedentlich auch zu warmen Frühlingsgefühlen geführt: So wurde Stadträtin und Redaktionsmitglied Corinne Mathieu an Ostern im Rosengarten knutschend mit einem der Redaktion unbekanntem Mann gesichtet. Leider entzieht sich unserer Kenntnis, ob auch

dieser stramm bürgerlich wählt und nun wegen Corinne eine Ausnahme machen muss.

Gipsfüsse

Regierungsratswahlen scheinen die Fuss-Gesundheit zu gefährden: Am Wahlabend brach sich Barbara Egger zu Hause auf der Treppe ihren Fuss. Tags darauf zog sich Andreas Rickenbacher auf dem Münsterplatz einen Bänderriss im Fuss zu. Beide gingen anschliessend an Krücken in die Osterferien. Bleibt zu hoffen, dass sie inzwischen wieder Tritt gefasst haben.



IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch
www.spmittealland.ch, www.spbern.ch
Redaktion: Leyla Gül, Marc Gebhard, Christa Luginbühl, Corinne Mathieu, Roland Näf

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 25.6.

POLITFORUM

Ein Blick hinter den Schleier – Vom politischen Spiel mit Identitäten

Donnerstag, 10. Juni, 19.30 Uhr, Abstieg, Münstergasse 38, Bern
Ein Themenabend mit **Oswald Sigg**, Politologe, Journalist und ehemaliger Bundesratssprecher

Identität entsteht aus dem Wechselspiel von Zugehörigkeit und Abgrenzung und ist damit per se politisch. Deutlich wird dies, wenn Themen zur Debatte stehen, die mit Werten und Normen verknüpft sind. Der Themenabend will aufzeigen, welche Bedeutung Identitäten in der politischen Aktualität der Schweiz haben, wie mit ihnen gespielt wird, wie sie «bedient» und «bearbeitet» werden und wie die Aspekte Zugehörigkeit und Ab- oder Ausgrenzung gezielt eingesetzt werden.

Oswald Sigg garantiert einen fundierten und praxisnahen Blick hinter die Kulissen des politischen Geschehens. In seinem Beitrag wird er eine exemplarische Analyse eines Abstimmungskampfs jüngerer Datums vornehmen, dann aber den Blick öffnen, um der Frage nachzugehen, wie eine konstruktive politische Identität im Sinne einer «aufgeklärten direkten Demokratie» aussehen könnte.